



## MAGRAL's Markets

Märkte – Meinungen – Konditionen

### Wichtige Daten 23.02.17

#### EURIBOR

1 Monat:	- 0,371 %
3 Monate:	- 0,329 %
6 Monate:	- 0,238 %

<b>Bund Future</b>	165,26
<b>Umlaufrendite</b>	0,01 %
<b>Euro</b>	1,0563 US \$

#### Geldanlagen

##### Festgeld-Anlagen

1 Monat:	-0,25 % - -0,21 %
3 Monate:	-0,10 % - -0,06 %
6 Monate:	0,03 % - 0,05 %

##### Anlagen

1 Jahr:	0,18 %
2 Jahre:	0,75 %
3 Jahre:	0,76 %
4 Jahre:	0,78 %

##### Kassenkredite

6 Monate:	0,01 %
12 Monate:	0,01 %
24 Monate:	0,13 %

##### KommunalDarlehen\*

1 Jahr:	0,20 %
3 Jahre:	0,39 %
5 Jahre:	0,47 %
7 Jahre:	0,75 %
10 Jahre:	1,08 %
15 Jahre:	1,47 %
20 Jahre:	1,66 %
ges. Lz. 30 Jahre:	1,74 %

\* (Basis 100 % Ausz., 1/4-jährl. nachtr., Tilgg. 2 % p. a. zzgl. ersparter Zinsen, alle gängigen Alternativen darstellbar; förderfähige Darlehen noch billiger)

☛ Die Deutschen und der EZB-Chef Draghi leben nicht in einer Liebesbeziehung. Und das Beibehalten der Null- und Negativzinspolitik in einer Zeit steigender Inflation erschwert diese Beziehung weiter. Die deutsche Argumentation ist zutreffend: Das Deflationsgespenst ist verschwunden, die Inflation in den wesentlichen €-Ländern steigt deutlich an (Belgien 3,1 %, Spanien 2,9 %, BRD 1,9 %), die Wirtschaftsentwicklung ist stabil bis steigend. Da ist eine Geldpolitik, die noch lockerer ist, als zum Höhepunkt der Finanzkrise, verfehlt, ja möglicherweise der Ausgangspunkt für die nächste Finanzkrise. Die Argumentation der EZB ist da eher zweifelhaft: Sie ignoriert die langfristigen Risiken der ausufernden Geldschöpfung, sie handelt kontraproduktiv, weil sie das Bild der €-Zone schwarz malt, um ihre Politik zu rechtfertigen, sie ist gefährlich, weil sie die wieder auf rd. € 800 Mrd.(!) gigantisch angewachsenen Targetsalden ignoriert, sie macht sich unglaublich, wenn sie Fragen nach dem Ausstieg aus dieser Politik als „Luxusproblem“ bezeichnet. Und jetzt beginnt die EZB eine unselige Debatte über die Abkehr vom Kapitalschlüssel als Richtschnur für die Verteilung der Anleihekäufe über die 19 Euro-Länder. Das untermauert den Verdacht, dass es der EZB um eine indirekte Staatsfinanzierung der Krisenstaaten geht. Bei aller berechtigten deutschen Kritik sollte aber relativierend berücksichtigt werden, dass die EZB für den Durchschnitt der Euro-Länder Geldpolitik machen muss und auch Deutschland in Zeiten von Hochkonjunktur wohl oder übel einmal eine überschaubare Zeit lang Inflationsraten von etwas mehr als 2 % akzeptieren muss, wenn andere Länder deutlich darunterliegen - in den Anfangsjahren der Währungsunion war es genau umgekehrt. Und bei aller berechtigten deutschen Kritik würde eine Eskalation dieses Streits eine ernste Gefahr für den € und das Projekt Europa darstellen, zumal es gerade Deutschland war, das eine unabhängige Notenbank verlangte. Die EZB sähe sich auch nicht zu einer derart aggressiven Geldschöpfung gezwungen, wenn in den €-Ländern über die lange Zeit der Niedrigzinsen aus dieser Ersparnis die Haushalte konsolidiert und die erforderlichen Reformen umgesetzt worden wären. ☛